

Zeitschrift: Energie extra
Herausgeber: Bundesamt für Energie; Energie 2000
Band: - (2000)
Heft: 3

Artikel: Mit der Förderabgabe die Marktöffnung abfedern
Autor: Epiney, Simon
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-638710>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Erdöl wird teurer – und jetzt noch neue Steuern?

Die Benzinpreise schlagen Kapriolen und die Gegner einer stärkeren Energie- und Umweltpolitik malen das Gespenst von neuen Steuern an die Wand.

Bei näherer Betrachtung ist klar: Die vorgeschlagene Umweltabgabe ist keine neue Steuer. Mit dem Reinertrag der Abgabe auf nicht erneuerbaren, umweltbelastenden Energien werden nämlich keine staatlichen Aufgaben finanziert. Das Geld wird vollständig an die Betriebe und Haushalte zurückbezahlt, indem die Beiträge an die Sozialversicherung sinken. Insgesamt bleibt die Steuerlast also unverändert.

Auch der Reinertrag der Förderabgabe fliesst nicht einfach in die allgemeine Bundeskasse. Mit 450 Millionen Franken pro Jahr werden Anschubinvestitionen in moderne Energietechniken mitfinanziert. Von besseren Bauten, Anlagen oder Geräten, die in der Folge auf dem Markt angeboten werden, profitieren auch Personen, die sich nicht direkt am Förderprogramm beteiligen. Im Unterschied zur Umweltabgabe wird allerdings der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt durch die Förderabgabe erhöht, und zwar um 0,1 Prozent. Diese minimale Erhöhung bringt den Bundeshaushalt nicht aus dem Lot. Und die Förderabgabe ist auf 10 bis 15 Jahre beschränkt. Mit einer Fiskalquote von rund 35 Prozent gehört die schweizerische öffentliche Hand im internationalen Vergleich weiterhin zu den Sparsamsten.

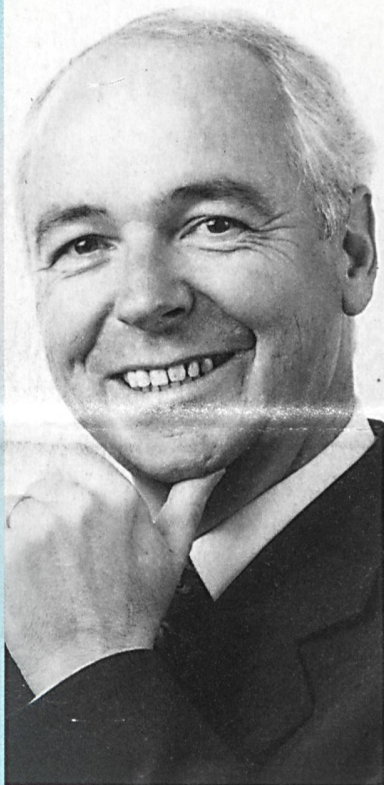
Zurzeit steigen global die Ölpreise, vor allem weil die OPEC die Produktion beschränkt, der Dollar steigt und in den USA gerade zum Beginn der «driving season» Hamsterkäufe ausgelöst wurden. In Erinnerung an frühere

Fortsetzung Seite 2

Abstimmung vom 24. September 2000

Umfeld der Energievorlagen	2 – 3
Die Verfassungsartikel	4 – 5
Umwelt und Gesundheit	6 – 7
Wirtschaft und Arbeitsplätze	8 – 9
Regionen und Haushalte	10 – 11

Weitere Informationen zur Abstimmung:
www.admin.ch/bfe/zukunft



Simon Epiney

Ständerat, CVP, Vissoie VS, Mitglied der ständerätlichen Kommission Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK-SR)

«Ein Scheitern der Gegenvorschläge des Parlaments zu den Initiativen wäre für unser Land verheerend: Sagen wir also JA zu diesen Ausgaben!»

Mit der Förderabgabe die Marktöffnung abfedern

Als Wasserschloss Europas und Schaltstelle des europäischen Stromnetzes wird die Schweiz durch die Öffnung des Elektrizitätsmarktes an empfindlicher Stelle getroffen.

Das Parlament schlägt in einer ersten Phase die Einführung einer Förderabgabe zu Gunsten der erneuerbaren Energien vor. Sie soll nicht zuletzt den Schock abfedern, den die Marktöffnung für die Elektrizitätswerke bedeutet. Die Förderabgabe wird in einer zweiten Phase durch die Umweltabgabe abgelöst, mit der die Lohnabzüge verringert werden.

Mit 0,3 Rp. je Kilowattstunde ist die Förderabgabe bescheiden veranschlagt. Dennoch ist sie nach Ansicht der Gegner zu hoch. Sie befürchten eine Schwächung der Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft. Für die Befürworter der Abgabe stellt sie eine Begleitmassnahme zur Strommarktöffnung dar. Sie wird kaum spürbar sein, da die Öffnung zu Preissenkungen führen wird. Die Verteuerung von Benzin und Diesel um ungefähr 3 Rp. pro Liter kann durch eine effizientere Fahrweise aufgefangen werden. Firmen mit energieintensiven Herstellungsverfahren werden von der Abgabe ganz oder teilweise befreit. Für die anderen Unternehmen ist die Energie nur ein Kostenfaktor unter vielen anderen. Durch ihr Know-how bei der Anwendung erneuerbarer Energien und rationeller Energietechniken können sie sich den Ruf eines Pioniers erwerben.

Ein Scheitern der Gegenvorschläge des Parlaments zu den Initiativen wäre für unser Land verheerend: Ende des Energiefriedens, Referendum gegen die Strommarktöffnung, Rückschlag für die erneuerbaren Energien, vermehrte Einfuhr ausländischen Nuklearstroms, mehr Gaskraftwerke, Gefährdung der einheimischen Wasserkraftanlagen im Besitz der Öffentlichkeit und der Pensionskassen, Unterstellung unter ausländisches Diktat der Versorgung, der Sicherheit und der Unterhaltskosten, Entstehung neuer Monopole in ausländischem Besitz, welche die Tarife bestimmen, Ende des Service public, Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommen.

Sagen wir also JA zu diesen Abgaben als Gegengewicht zu einer gefährlichen, schrankenlosen Liberalisierung! S.E.